



Abbas und Netanyahu: Mehr als „Ja-Nein“?

Mittelost im Regionalkrieg bietet eine Halbchance

Israelis und Palästinenser stimmten jüngst einer Grundlage zu, in Direktgespräche über mögliche Friedensverhandlungen einzutreten. Dies verkündete am Freitag, den 19. Juli, Außenminister John Kerry, der in seiner emsigen Reisediplomatie in vier Monaten von einer Seite zu anderen pendelte. Laufe alles wie geplant, würden sich Beteiligte in einer Woche „oder so“ in Washington treffen. Dies galt als Wink zur geforderten Freilassung von Palästinensern in israelischen Gefängnissen. Weitere Forderungen: Grenzen vor dem Krieg vom 4. Juni 1967 gelten wie ein Siedlungsstopp als Verhandlungsbasis. Auf beiden Seiten mehren sich die Kritiker - und der gesamte Plan hängt noch an vielen Seidenfäden.



Foto: Michael Gross, [Wiki](#)

Vorheriges Treffen: Präsident Mahmud Abbas, Premier Benjamin Netanyahu, Außenministerin Hillary R. Clinton und der Sondergesandte George J. Mitchell am 2. September 2010 im Department of State

Premier Benjamin Netanjahu meinte dazu, er trete wieder in Verhandlungen ein, um die Bildung eines binationalen Staats zwischen Mittelmeer und Jordan zu vermeiden und die Entstehung eines weiteren, von Iran geförderten terroristischen Staats an Israels Grenzen zu verhindern. Damit spielte er auf [Gaza](#) und dessen islamistische [Hamas](#)-Führung sowie auf das Westjordangebiet unter dem Autonomiebehördenchef Mahmud Abbas an. Es soll kein zweites *Hamastan* geben. Dessen vorherige *Direktgespräche* mit Netanjahu brachen 2010 zusammen. Auch damals initiierten die Amerikaner den Triaolog, doch ohne Erfolg.

Gespaltene Palästinenser

Offenbar tagte das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation am Donnerstag. Formell ist sie noch immer das Hauptorgan, Stimmung und Tendenzen unter den palästinensischen Fraktionen zu prüfen. Laut Pressberichten habe es heftige Debatten

gegeben. Der langjährige palästinensische Unterhändler Sa'ib Uraiqat, der von Ostjerusalem als Palästinas Hauptstadt träumt, zeigte sich nicht so pessimistisch: er habe John Kerry versprochen, zwei Tage zu schweigen. Doch die Aussichten wären gut. Beobachter merkten an, daß Abbas nicht für Gaza verhandelt, wo die Hamas regiert. Er spricht allein für das Westjordanland. Und legal gibt es kein „Recht“ auf Rückkehr für Palästinenser wie zwölf Millionen Deutsche nach 1945 *kein Recht auf Rückkehr* erfahren. Ungerecht, aber wahr. Viele ignorieren auch die *zweierlei Flüchtlingsfrage*, denn Juden sind nach der Bildung Israels 1948 aus Arabien vertrieben worden; oder wegen Unlebbarkeit emigriert.

Erst wenn Uraiqat und seine Gegenüber sich in einer Initialphase geeinigt haben, sollen Abbas und Netanjahu zusammentreffen. Die Stellung von Mahmud Abbas ist schwach. Seit 2003 Premier, dann seit 2005 Chef der Autonomiebehörde, fehlt ihm die demokratische Legitimation durch Neuwahlen, die stets verschoben worden sind. Indes ließ er sich im Mai 2011 mit Hamaschef Ismail Haniyya auf eine sehr instabile *Versöhnung* ein.

Der eine Führer erklärte öffentlich, Israel beseitigen zu wollen und löste auf dem Wege dahin Ende 2012 den jüngsten [Raketenkrieg](#) aus. Der andere Führer dieser ideologisch so tief gespaltenen Palästinenser wich allen Direktgesprächen mit Israelis aus, stellte Vorbedingungen, um sich mit Teilerfolgen eine globale Anerkennung über die UN zu besorgen.



Foto: [Wiki](#)

Blick auf Gaza Stadt Ende 2007

Gazastreifen

Der kleine Erfolg John Kerrys hätte früher allein schon eine freudige Erregung ausgelöst. Heute agieren alle als gebrannte Kinder, nachdem es so wenig Fortschritte gegeben hat. Israelis wenden oft ein, durch ihren Abzug aus Gaza 2005 guten Willen gezeigt, aber sich als Lohn eine grenznahe islamistische Basis des Terrors und der Raketen eingehandelt zu haben. Acht Tage des *Raketenkriegs* aus dem Gazaland ab 14. November 2012 schienen ihnen voll recht zu geben. Denn was war es sonst, wenn nicht der reine Terror gegen die Zivilisten der andere Seite, was konnten die Geschosse denn noch anderes bewirken? So hat Netanjahu auch nur wenig [Spielraum](#) - und seine Koalition kann sehr leicht platzen. Er wird daher ein weitgehendes Regelwerk der *Demilitarisierung der Westbank* absichern und jede etwaige Vereinbarung einem *Volksvotum* aussetzen - mit dem sie steht oder fällt.

Regionalkrieg

Allerdings gehen beide Seiten aufeinander zu, weil sich unwägbare Faktoren häufen. Da ist vor allem der Bürgerkrieg in Syrien, der jeden Moment zum Flächenbrand eskalieren kann. Washingtons [Rote Linien](#) beim Chemiewaffeneinsatz bedeuteten wenig und seine Waffenhilfe hat zu keinem sichtbaren Ergebnis zugunsten der Rebellen geführt. Praktisch ist der Bürger- bereits zum Regionalkrieg ausgeufert, indem aus dem Libanon die [Hizbal-](#)

[lah](#), seit 23. Juli auf der Antiterrorliste der Europäischen Union, Kämpfer für al-Asad an die Front schickt. Indem auch Iran mitmischt, wird es als Krieg entlang uralter Linien von *Schiiten gegen Sunniten* angesehen. Israel wäre aus dieser Sicht immer ein lohnenswertes Ziel. Denn in dem Falle könnte davon abgelenkt, diese Reihe wieder geschlossen werden.

Dabei erlebt Bashshar al-Asad eine vage Stabilisierung, den weiter Moskau, Bejing und Teheran abstützen. Präsident Wladimir W. Putin tanzte den G8-Staaten in diesem Punkt auf der Nase herum. Er schaffte es sogar, dass führende Länder kein negatives Urteil über das al-Asad-Regime im Abschlußtext verankert haben. Was für ein *Tiefpunkt* in der Geschichte nach zweieinhalb Jahren [Bürgerkrieg](#) und 100.000 Toten. Nicht nur das. Zudem drängt die Flüchtlingsfrage.

Was das vor Ort bedeutet, erlebte John Kerry am Donnerstag als er das jordanische [Flüchtlingslager](#) Zaatari besuchte, wohin sich 115.000 Syrer gerettet haben. Kaum jemand redet noch von der *Syrienkonferenz* mit Amerika und Rußland als Sponsoren. Und al-Qaidas Aufschwung im Irak wirkt schon sehr bedenklich. Von der Seite können auch durch den iranischen Kurs noch globale Probleme erwachsen.

Lichtblicke

Ganz so düster sieht der mittelöstliche Horizont nicht mehr aus, seitdem auch Liberale die Islamisten Muhammad [Mursis](#) abgesetzt haben. Zwar deuten die Straßenschlachten am Nil auf den qualvollen Prozeß mit Rückschlägen hin. Doch beginnt die Zivilregierung mit ihren drei Dutzend Technokraten zu wirken. Die Muslimbrüder haben zu ihrem alten Terrorrezept gegriffen. Vielleicht werden sie nicht nur Ägypten, sondern in koordinierten Aktionen weitere Länder treffen. Dies mag man auch in [Amerika](#) und Europa bedenken.

Aber diese Taktik findet Grenzen. Es kann gar der Punkt kommen, wo sie nicht einmal mehr in den eigenen Reihen vollen Zuspruch findet. Jüngere Generationen der Muslimbrüder haben selbst in Kairo Parlamente und Wahlen erlebt. Sie sind eher bereit, Schlüsse aus einem völlig verfehlten Extrem gegenüber möglichen [Partnern](#) in der Politik zu ziehen. Das bedeutet, daß sie nicht mehr in Israel „alles Übel“ wähen, sondern im Mangel an Demokratie in den eigenen Reihen und in Ägypten daselbst. Dazu gab es lange Debatten. Sollte es zu einer gewissen Beruhigung am Nil kommen, erwachsen Chancen, daß Ägypten wieder seine konstruktive Rolle im Prozeß spielt, den John Kerry anzubahnen versucht.

Nötig wäre es. Denn nur mit den nächsten Nachbarn können Probleme in Gaza und in der Westbank überwunden werden. Unterhändler Uraiqat wird dies im Hinterkopf haben wie ebenso seine israelischen Gegenüber, darunter die Ministerin Tzipi Livni und Netanyahu Sondergesandter Isaac Molho.

Sollten sie sich überhaupt am Potomac treffen, so läuft dies unter unsteten Umständen in Mittelost ab, die sich rasch verändern können. Aber darin liegt sicher eine gewisse Chance, die es zu testen gilt. Die gewünschten Direktgespräche wären ein kleiner Fortschritt, obzwar die eigentlich zu begehenden Wege ungemein steinig bleiben werden - noch immer schwelt der Konflikt um [Irans](#) Streben nach Nukes.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)